

Staatsrecht II

Manssen

20. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-80557-8
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Lernbücher Jura
Staatsrecht II
Gerrit Manssen

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, lowercase, orange sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three orange circles of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the phrase 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, uppercase, orange sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Staatsrecht II

Grundrechte

von

Dr. Gerrit Manssen

o. Professor
an der Universität Regensburg

20. Auflage 2024


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H. BECK

Zitiervorschlag: Manssen StaatsR II Rn. 1

**beck-shop.de**
beck.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 80557 8

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 80558 5

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck

Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 20. Auflage

Die 20. Auflage aktualisiert die Darstellungen um die seit Erscheinen der 19. Auflage bis April 2024 eingetretenen Entwicklungen im Bereich der Grundrechtsdogmatik. Der gesamte Text wurde einer kritischen Revision unterzogen und gegebenenfalls verbessert. An manchen Stellen wurden zusätzliche Erläuterungen eingefügt.

Ich habe mich wie bei den Voraufgaben bemüht, die Darstellungen nicht mit Details zu überfrachten. Die Grundrechtsdogmatik ist ein wichtiger Bestandteil der Ausbildung von Studierenden im öffentlichen Recht, aber keinesfalls der einzige. Eine Konzentration auf das Wesentliche im Bereich der Pflichtfächer ist angesichts der insgesamt gestiegenen Stoffmenge unabdingbar. Das Lernziel besteht also nicht darin, alles zu „wissen“, sondern die Grundstrukturen des Rechtsgebietes zu verstehen und selbstständig argumentieren zu können. Es wurden deshalb weitgehend nur diejenigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts eingearbeitet, die es in die amtliche Sammlung des Gerichts „geschafft“ haben. Die Literaturhinweise sind weitgehend den Ausbildungszeitschriften entnommen und als Empfehlungen für studentische Leser zu verstehen. Um die Darstellungen nicht zu überfrachten, verzichte ich weitgehend darauf, Parallelen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und zur Charta der Grundrechte (GRCh) zu ziehen. Didaktisch erscheint es vor allem für den Start ins Studium sinnvoller, zunächst die Regelungen der eigenen nationalen Verfassung zu verstehen und sich später mit der europäischen und unionsrechtlichen Ebene zu befassen.

Zur methodischen Verwendung dieses Buches folgende Empfehlung: Es lässt sich vor allem bei der Darstellung der allgemeinen Grundrechtslehren (§§ 2–8) nicht immer vermeiden, dass einzelne Grundrechte behandelt werden, die erst an späterer Stelle ausführlicher besprochen werden. Teilweise sind auch gewisse Kenntnisse des Unions-/Europarechts nötig, um die Ausführungen nachvollziehen zu können. Als Anfänger bzw. Einsteiger in das Staats- und Verwaltungsrecht sollte man sich davon nicht verwirren lassen. Gegebenenfalls ist zu empfehlen, das Buch von vorne zu beginnen, nachdem der Stoff einmal komplett durchgearbeitet wurde, bzw. die Teile, für die die nötigen Vorkenntnisse noch nicht vorhanden sind, zunächst wegzulassen. Um die Lektüre zu erleichtern, sind an entsprechenden Stellen entsprechende Hinweise eingefügt worden.

Zu danken habe ich erneut meinen Mitarbeitern am Lehrstuhl für Öffentliches Recht in Regensburg für die engagierte Mithilfe.

Regensburg, im April 2024

Gerrit Manssen


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 20. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI

Teil I. Grundlagen

§ 1. Geschichte der Menschen- und Bürgerrechte	1
I. Die Entwicklung außerhalb Deutschlands	1
1. Die Herausbildung des Grundrechtsschutzes in der englischen Verfassungstradition	1
2. Grundrechtsschutz in amerikanischen Verfassungsdokumenten	2
3. Die französische Menschen- und Bürgerrechtserklärung von 1789	3
II. Grundrechtentwicklungen in Deutschland bis 1933	3
III. Nationale Grundrechte nach 1945	5
1. Grundrechte im Grundgesetz	5
2. Grundrechte in den Landesverfassungen	6
IV. Grundrechte im Mehrebenensystem	6
1. Die Europäische Menschenrechtskonvention	6
2. Die Charta der Grundrechte	7
§ 2. Einteilung der Grundrechte	8
I. Der Begriff Grundrecht	8
1. Grundrechte und Menschenrechte	8
2. Grundrechtsgleiche Rechte	9
II. Freiheits- und Gleichheitsrechte	10
1. Prüfungsaufbau bei Freiheitsrechten	10
a) „Interner“ Prüfungsaufbau eines Freiheitsrechts	10
b) Prüfungsaufbau bei mehreren einschlägigen Freiheitsrechten	12
2. Prüfungsaufbau bei Gleichheitsrechten	12
3. Verhältnis von Freiheits- und Gleichheitsprüfung	13
III. Jedermann- und Deutschengrundrechte	15
IV. Benannte und unbenannte Grundrechte	17
§ 3. Funktionen der Grundrechte	17
I. Grundrechte als Abwehrrechte	17

II. Grundrechte als Institutsgarantien bzw. institutionelle Garantien	18
III. Objektive Grundrechtsdimensionen	19
1. Allgemeines	19
2. Schutzpflicht	20
a) Schutzpflicht für alle grundrechtlich geschützten Rechtsgüter	20
b) Untermaßverbot	20
c) Prüfungsaufbau	21
3. Leistungsrechte	23
4. Teilhaberechte	24
5. Sekundäransprüche	25
IV. Verfassungskonforme Auslegung	27

Teil II. Allgemeine Grundrechtslehren

§4. Grundrechtsträger	29
I. Natürliche Personen als Grundrechtsträger	29
II. Personenvereinigungen als Grundrechtsträger (Art. 19 Abs. 3 GG)	30
1. Der Begriff „juristische Person“	31
2. „Inländische“ juristische Person	31
3. Die wesensmäßige Anwendbarkeit des Grundrechts	32
III. Juristische Personen des öffentlichen Rechts als Grundrechts- träger	33
1. Grundsatz: Keine Grundrechtsträgerschaft von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	33
2. Ausnahmen von der fehlenden Grundrechtsträgerschaft bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts	35
a) Juristische Personen des öffentlichen Rechts ohne inner- staatliche Hoheitsbefugnisse	35
b) Spezifische Zuordnung zu einem grundrechtlich ge- schützten Lebensbereich	35
c) Prozessgrundrechte	36
IV. Juristische Personen des Privatrechts mit staatlicher Beteili- gung	37
1. Durchblickstheorie	37
2. Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	38
§5. Grundrechtsverpflichtete	39
I. Grundrechtsschutz gegenüber der Europäischen Union	39
1. Grundsatz: Beschränkung der Grundrechtsbindung auf die deutsche öffentliche Gewalt	39

2. Europäisches Primärrecht	40
3. Grundrechtsschutz gegen Europäisches Sekundärrecht	40
4. Grundrechtsschutz gegen die Umsetzung und Anwendung von Unionsrecht auf nationaler Ebene	42
II. Grundrechtsbindung der Exekutive	46
1. Öffentlich-rechtliches Handeln	46
2. Privatrechtliches Handeln	47
III. Sonderproblem Drittwirkung	48
1. Grundrechtsbindung des Gesetzgebers	48
2. Grundrechtsbindung der Rechtsprechung	49
a) Bindung an Freiheitsrechte	49
b) Bindung an den Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	50
3. Grundrechtsbindung gegenüber Privaten	51
4. Überprüfung von fach-/zivilgerichtlichen Entscheidungen durch das BVerfG	52
5. Wichtige Drittwirkungsfälle	53
a) Lüth – BVerfGE 7, 198	53
b) Blinkfüer – BVerfGE 25, 256	54
c) Bürgerschaftsfall – BVerfGE 89, 214	55
d) Stadionverbot – BVerfGE 148, 267	56
§6. Verwirkung von Grundrechten (Art. 18 GG)	57
I. Art. 18 GG als Ausdruck „streitbarer Demokratie“	57
II. Voraussetzungen einer Verwirkungsentscheidung	58
1. Missbrauch zum Kampf	58
2. Kampf gegen die „freiheitliche demokratische Grundord- nung“	58
III. Folgen einer Verwirkungsentscheidung	58
§7. Der Grundrechtseingriff	59
I. Allgemeines	59
II. Grundrechtsverzicht	59
III. Eingriffsformen	60
1. Klassischer Grundrechtseingriff	60
2. Faktischer Grundrechtseingriff	60
3. Sonderfälle	61
a) Informationshandeln der Regierung	61
b) Sonderfall Klimaschutz	62
c) Sonstige Fälle	63
4. Moderner Eingriffsbegriff? – Hinweise zur Falllösung	64
§8. Die Beschränkung von Grundrechten	65
I. Allgemeines	65
1. Grundrechte mit Gesetzesvorbehalten	65

2. Grundrechte ohne Gesetzesvorbehalte	66
3. Sonderproblem: Einschränkung von Grundrechten mit Gesetzesvorbehalt durch kollidierendes Verfassungsrecht . . .	68
II. Erforderlichkeit einer gesetzlichen Grundlage	69
III. Formelle Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Grundlage . . .	71
1. Kompetenz, Verfahren, Form	71
2. Zitiergebot (Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG)	71
IV. Materielle Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Grundlage . .	74
1. Bestimmtheit	74
2. Verfahrensmäßige Absicherung	76
3. Verbot von Einzelfallgesetzen (Art. 19 Abs. 1 S. 1 GG)	77
4. Anforderungen des qualifizierten Gesetzesvorbehaltes	80
5. Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes iWV (Übermaßverbot)	80
a) Legitime Zwecksetzung	80
b) Geeignetheit	81
c) Erforderlichkeit	81
d) Zumutbarkeit (Verhältnismäßigkeit iS)	82
e) Verfassungsgerichtliche Überprüfung	84
6. Wesensgehaltsgarantie (Art. 19 Abs. 2 GG)	84
a) Individuelles oder generelles Verständnis	84
b) Absolutes oder relatives Verständnis	85
7. Materielle Verfassungsmäßigkeit im Übrigen	86
V. Verfassungsmäßigkeit der Rechtsanwendung	86
1. Ein- und mehrstufige Grundrechtseingriffe	86
2. Prüfungskompetenz des BVerfG hinsichtlich der Rechts- anwendung	86

Teil III. Freiheitsrechte

§9. Garantie der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG)	89
I. Allgemeines	89
1. Menschenwürde als „oberster Wert“	89
2. Der Grundrechtscharakter von Art. 1 Abs. 1 GG	89
3. Unzulässigkeit von Eingriffen	90
II. Grundrechtsträger	91
1. Grundrechtsträgerschaft natürlicher Personen	91
2. Grundrechtsträgerschaft des nasciturus	91
3. Grundrechtsträgerschaft von Toten	92
III. Schutzbereich der Menschenwürdegarantie	93
1. Objektformel	93
2. Verhältnis zu anderen Grundrechten	94

IV. Objektive Dimensionen der Garantie der Menschenwürde . . .	95
1. Schutzrechte und Leistungsansprüche	95
2. „Wrongful birth“ bzw. „wrongful life“	96
3. Forschung mit embryonalen Stammzellen	96
§ 10. Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	97
I. Sachlicher Schutzbereich	97
1. Weite Interpretation des Schutzbereichs	97
2. Subsidiarität gegenüber Spezialgrundrechten	98
II. Persönlicher Schutzbereich	98
III. Eingriff	99
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Beschränkungen . . .	99
§ 11. Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 iVm	
Art. 1 Abs. 1 GG)	101
I. Schutzbereich	101
1. Sachlicher Schutzbereich	101
2. Persönlicher Schutzbereich	104
II. Eingriffe	105
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	105
IV. Objektiv-rechtliche Dimension des allgemeinen Persönlich-	
keitsrechts	108
1. Allgemeines	108
2. Der Schutz von Prominenten gegen Medienberichterstat-	
tung	108
a) Schutz des eigenen Bildnisses	108
b) Schutz von Kindern Prominenter	109
c) Schutz gegen Bildmanipulationen	110
3. Recht auf Vergessen/Vergessenwerden	110
§ 12. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit	
(Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG)	111
I. Schutzbereich	111
1. Sachlicher Schutzbereich	111
a) Recht auf Leben	111
b) Recht auf körperliche Unversehrtheit	111
2. Persönlicher Schutzbereich	112
II. Eingriff	112
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	113
IV. Objektiv-rechtliche Dimension des Grundrechts	115
1. Allgemeines	115
2. Beispielsfälle	116
a) Selbsttötung	116
b) Schwangerschaftsabbruch	116

§ 13. Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG)	117
I. Schutzbereich	117
II. Eingriff	118
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	119
§ 14. Glaubensfreiheit (Art. 4 GG)	123
I. Schutzbereich	123
1. Sachlicher Schutzbereich	123
a) Einheitliche Garantie	123
b) Begriff des Glaubens	123
c) Einzelfragen des sachlichen Gewährleistungsbereichs	124
2. Persönlicher Schutzbereich	125
a) Individuelle Glaubensfreiheit	125
b) Kollektive Glaubensfreiheit	126
II. Eingriff	127
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	129
1. Eingriffe in die individuelle Glaubensfreiheit	129
2. Eingriffe in die kollektive Glaubensfreiheit	132
IV. Objektiv-rechtliche Dimension des Grundrechts	133
1. Glaubensfreiheit und Arbeitsrecht	133
2. Schächten von Tieren	134
3. Religionsfreiheit und Ladenschluss	135
§ 15. Gewissensfreiheit (Art. 4 GG)	135
I. Schutzbereich	135
1. Sachlicher Schutzbereich	135
2. Persönlicher Schutzbereich	136
II. Eingriff	137
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	137
IV. Objektive Wirkung der Gewissensfreiheit	138
§ 16. Kommunikationsgrundrechte (Art. 5 Abs. 1 und Abs. 2 GG)	139
I. Übersicht	139
II. Schutzbereiche	139
1. Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 Var. 1 GG)	139
a) Sachlicher Schutzbereich	140
b) Persönlicher Schutzbereich	142
2. Informationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 Var. 2 GG)	143
a) Allgemein zugängliche Quellen	143
b) Geschütztes Verhalten	144
c) Grundrechtsträger	144
3. Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 2 Var. 1 GG)	145
a) Sachlicher Schutzbereich	145
b) Persönlicher Schutzbereich	146

4. Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 2 Var. 2 GG)	147
a) Sachlicher Schutzbereich	147
b) Persönlicher Schutzbereich	148
c) Grundlinien für die gesetzgeberische Ausgestaltung der Rundfunkfreiheit	149
5. Filmfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 2 Var. 3 GG)	152
III. Eingriffe	153
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	154
1. Die Schranke der „allgemeinen Gesetze“ (Art. 5 Abs. 2 GG)	154
2. Wechselwirkungslehre	157
a) Allgemeines	157
b) Beispiele	158
3. Zensurverbot (Art. 5 Abs. 1 S. 3 GG)	159
4. Kollidierendes Verfassungsrecht	159
§ 17. Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 S. 1 Var. 2 GG)	160
I. Schutzbereich	160
1. Sachlicher Schutzbereich	160
a) Einheitlichkeit der Garantie	160
b) Begriff der Wissenschaft	161
c) Begriff der Lehre	161
d) Treue zur Verfassung (Art. 5 Abs. 3 S. 2 GG)	161
2. Persönlicher Schutzbereich	162
II. Eingriffe	162
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	162
IV. Objektive Dimension des Grundrechts	164
§ 18. Kunstfreiheit (Art. 5 Abs. 3 S. 1 Var. 1 GG)	165
I. Schutzbereich	165
1. Sachlicher Schutzbereich	165
2. Persönlicher Schutzbereich	167
II. Eingriffe	169
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	169
1. Die Beurteilung von einschränkenden Gesetzen	169
2. Die Beurteilung der Rechtsanwendung im konkreten Fall	171
§ 19. Schutz von Ehe, Familie und Elternrecht (Art. 6 GG)	172
I. Überblick	172
II. Schutzbereich	172
1. Schutz von Ehe und Familie	172
a) Schutz der Ehe	172
b) Geschütztes Verhalten der Ehefreiheit	173
c) Schutz der Familie	174

d) Grundrechtsträger	175
2. Elternrechte und Elternpflichten (Art. 6 Abs. 2 und 3 GG)	175
III. Eingriff	177
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	178
1. Eingriffe in Ausübung des staatlichen Wächteramtes (Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG)	178
2. Zwangsweise Trennung von Eltern und Kindern (Art. 6 Abs. 3 GG)	178
3. Eingriffe aufgrund der staatlichen Schulhoheit (Art. 7 Abs. 1 GG)	179
4. Sonstige Eingriffe	179
V. Objektive Grundrechtswirkungen	179
1. Finanzielle Förderung von Familien	179
2. Vollzug ausländerrechtlicher Bestimmungen	180
3. Besonderer Schutz der werdenden Mütter (Art. 6 Abs. 4 GG)	180
4. Gleichstellungsauftrag nach Art. 6 Abs. 5 GG	181
§ 20. Schulwesen (Art. 7 GG)	182
I. Überblick	182
II. Schulaufsicht (Art. 7 Abs. 1 GG)	182
1. Begriff der Schule	182
2. Inhalt und Grenzen der Schulaufsicht	182
III. Religionsunterricht (Art. 7 Abs. 2 und 3 GG)	184
IV. Privatschulfreiheit (Art. 7 Abs. 4 und 5 GG)	187
1. Zulassung von privaten Volksschulen (Art. 7 Abs. 5 GG)	187
a) Begriff der Volksschule	187
b) Genehmigungsvoraussetzungen für Volksschulen	187
2. Zulassung von privaten Ersatzschulen (Art. 7 Abs. 4 GG)	188
a) Begriff der privaten Ersatzschule	188
b) Genehmigungsvoraussetzungen für private Ersatzschulen	188
3. Sonstige Schulen	188
4. Verbot von Vorschulen (Art. 7 Abs. 6 GG)	188
§ 21. Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	190
I. Schutzbereich	190
1. Sachlicher Schutzbereich	190
a) Versammlung und Ansammlung	190
b) Geschütztes Verhalten	191
c) Erfordernis der Friedlichkeit	192
d) Ohne Anmeldung oder Erlaubnis	192
2. Persönlicher Schutzbereich	193
II. Eingriff	193
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	193

1. Beschränkungen von Versammlungen „unter freiem Himmel“	193
a) Verfassungsmäßigkeit der gesetzlichen Grundlagen	194
b) Verfassungsmäßigkeit von Einzelmaßnahmen	196
2. Beschränkungen von Versammlungen in geschlossenen Räumen	198
IV. Objektiv-rechtliche Dimension des Grundrechts	200
1. Auslegung von Straftatbeständen	200
2. Prozessuale Besonderheiten	201
§ 22. Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	204
I. Schutzbereich	204
1. Begriff der Vereinigung	204
2. Individuelle Vereinigungsfreiheit	205
a) Sachlicher Gewährleistungsumfang	205
b) Grundrechtsträger	205
3. Kollektive Vereinigungsfreiheit	206
a) Sachlicher Gewährleistungsumfang	206
b) Grundrechtsträger	206
II. Eingriff	208
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	209
1. Kein Verbot von Verfassungen wegen	209
2. Anforderungen an die Verbotsnormen	210
3. Anforderungen an die Verbotsverfügung	211
§ 23. Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG)	211
I. Schutzbereich	211
1. Begriff der Koalition	211
2. Individuelle Koalitionsfreiheit	212
3. Kollektive Koalitionsfreiheit	212
II. Eingriffe	214
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	214
§ 24. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG)	216
I. Schutzbereich	216
1. Allgemeines	216
2. Briefgeheimnis	216
3. Postgeheimnis	217
4. Fernmeldegeheimnis	217
5. Persönlicher Schutzbereich	218
II. Eingriffe	219
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	220
1. Der allgemeine Gesetzesvorbehalt (Art. 10 Abs. 2 S. 1 GG)	220
2. Der besondere Gesetzesvorbehalt (Art. 10 Abs. 2 S. 2 GG)	222
IV. Objektiv-rechtliche Dimensionen des Grundrechts	223

§ 25. Freizügigkeit (Art. 11 GG)	223
I. Schutzbereich	223
1. Sachlicher Schutzbereich	223
a) Wohnsitz und Aufenthalt	223
b) Verhältnis zu anderen Grundrechten	223
2. Persönlicher Schutzbereich	224
II. Eingriff	224
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	224
1. Beschränkung durch oder aufgrund eines Gesetzes	224
2. Materielle Anforderungen an Beschränkungsmaßnahmen	225
§ 26. Berufsfreiheit, Arbeitszwang, Zwangsarbeit	
(Art. 12 GG)	225
I. Übersicht	225
II. Schutzbereich	226
1. Persönlicher Schutzbereich	226
2. Sachlicher Schutzbereich	226
a) Berufsbegriff	226
b) Berufswahlfreiheit	227
c) Berufsausübungsfreiheit	228
d) Arbeitsplatzwahlfreiheit	229
e) Wahl der Ausbildungsstätte	229
III. Eingriffe in die Berufsfreiheit	230
1. Regelungen mit subjektiv berufsregelnder Tendenz	230
2. Zweifelsfälle	231
3. Eingriffe durch Realakte	233
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen in die Berufsfreiheit	236
1. Einheitlicher Gesetzesvorbehalt	236
2. Erfordernis einer gesetzlichen Grundlage	236
3. Besondere Anforderungen hinsichtlich der Verhältnismä- ßigkeitsprüfung	238
a) Legitime Zwecksetzung, Geeignetheit, Erforderlichkeit	238
b) Berufsausübungsregelungen	239
c) Subjektive Berufswahlregelungen	243
d) Objektive Wahlregelungen	245
e) Sonderfälle	247
V. Objektive Dimension der Berufsfreiheit	248
1. Leistungsrechte	248
2. Verfahrensrechtliche Absicherung der Berufsfreiheit	249
3. Bedeutung der Berufsfreiheit im Privatrecht	249
VI. Schutz vor Arbeitszwang (Art. 12 Abs. 2 GG)	250
VII. Schutz vor Zwangsarbeit (Art. 12 Abs. 3 GG)	252

§27. Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG)	253
I. Schutzbereich	253
1. Sachlicher Schutzbereich	253
2. Persönlicher Schutzbereich	253
II. Eingriff	254
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	255
1. Rechtfertigung von Durchsuchungen (Art. 13 Abs. 2 GG) ..	255
2. Rechtfertigung von technischen Überwachungen (Art. 13 Abs. 3–6 GG)	257
3. Sonstige Eingriffe und Beschränkungen (Art. 13 Abs. 7 GG)	258
§28. Eigentums- und Erbrechtsgarantie (Art. 14 und 15 GG)	260
I. Schutzbereich der Eigentumsgarantie	260
1. Sachlicher Schutzbereich	260
a) Instituts- und Rechtsstellungsgarantie	260
b) Eigentumsbegriff	261
2. Persönlicher Schutzbereich	263
II. Eingriffe	264
1. Allgemeines	264
2. Inhalts- und Schrankenbestimmungen (Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG)	264
3. Enteignungen (Art. 14 Abs. 3 GG)	266
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	268
1. Beurteilung einer Inhalts- und Schrankenbestimmung ..	268
a) Übermaßverbot	268
b) Ausgleichspflichtige Inhalts- und Schrankenbestimmun- gen	269
2. Rechtmäßigkeit einer Enteignung	270
a) Anforderungen an das enteignende Gesetz	270
b) Legal- und Administrativenteignung	271
3. Anforderungen an den Exekutivakt	273
4. Besonderheiten beim Rechtsschutz	273
5. Rückübertragungsanspruch	273
6. Enteignender und enteignungsgleicher Eingriff	274
7. Überführung in Gemeinwirtschaft (Art. 15 GG)	276
IV. Erbrechtsgarantie	277
§29. Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung (Art. 16 GG)	279
I. Schutz vor Ausbürgerung (Art. 16 Abs. 1 GG)	279
1. Schutzbereich	279
2. Eingriff	280
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	280

II. Schutz vor Auslieferung (Art. 16 Abs. 2 GG)	282
1. Schutzbereich und Eingriff	282
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen	282
§ 30. Asylrecht (Art. 16a GG)	283
I. Überblick	283
II. Die politische Verfolgung	285
1. Der Begriff „Verfolgung“	285
2. Der Begriff „politisch“	286
3. Nachfluchtgründe	287
4. Eigene Verfolgung	287
III. Einreise aus sicheren Drittstaaten (Art. 16a Abs. 2 GG)	288
1. Allgemeines	288
2. Einreise aus EU-Staaten	288
3. Einreise aus sonstigen sicheren Drittstaaten	289
4. Rechtsfolgen bei Einreise aus einem sicheren Drittstaat	289
IV. Sichere Herkunftsstaaten (Art. 16a Abs. 3 GG)	290
§ 31. Prozessgrundrechte und Petitionsrecht	292
I. Der Anspruch auf Justizgewähr (Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG)	292
1. Anspruchsvoraussetzungen	292
a) Grundrechtsträger	292
b) Begriff der „öffentlichen Gewalt“	292
c) Mögliche Rechtsverletzung	294
2. Anspruchsinhalt	294
II. Der allgemeine Justizgewährleistungsanspruch	298
III. Recht auf den gesetzlichen Richter (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG)	299
1. Inhalt der Gewährleistung	299
2. Unzulässigkeit eines Eingriffs	300
3. Eingeschränkte Prüfungskompetenz des BVerfG	300
4. Verbot von Ausnahmerichtern (Art. 101 Abs. 1 S. 1 GG)	301
IV. Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG)	301
V. Nulla poena sine lege (Art. 103 Abs. 2 GG)	302
VI. Ne bis in idem (Art. 103 Abs. 3 GG)	304
VII. Petitionsrecht (Art. 17 GG)	305
1. Anspruchsvoraussetzungen	305
2. Anspruchsinhalt	306

Teil IV. Gleichheitsrechte

§ 32. Allgemeines zu den Gleichheitsrechten	307
I. Übersicht über die Gleichheitsrechte des Grundgesetzes	307
II. Bindung des Gesetzgebers an den Gleichheitssatz	308

III. Ge- und Verbote in Gleichheitssätzen	308
IV. Prüfungsaufbau bei Gleichheitssätzen	308
§33. Die speziellen Gleichheitsrechte des Art. 3 GG	310
I. Art. 3 Abs. 3 GG	310
1. Allgemeines	310
2. Bevorzugung oder Benachteiligung wegen des Geschlechts	312
3. Das Problem der sog. mittelbaren Diskriminierung aufgrund des Geschlechts	314
4. Benachteiligung wegen einer Behinderung (Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG)	314
II. Gleichberechtigung von Männern und Frauen (Art. 3 Abs. 2 GG)	316
§34. Der allgemeine Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG)	318
I. Willkürprüfung	318
II. Verhältnismäßigkeitsprüfung	319
1. Prüfungsaufbau	319
2. Prüfungsintensität bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung	320
3. Mittlerer Maßstab	322
III. Besondere Wirkungen des Gleichheitssatzes	323

Teil V. Anhang

§35. Grundinformationen zur Verfassungsbeschwerde und sonstigen Verfahren	325
I. Zulässigkeitsprüfung der Verfassungsbeschwerde	325
1. Beschwerdeberechtigung (§ 90 Abs. 1 BVerfGG)	325
2. Prozessfähigkeit	326
3. Beschwerdegegenstand	327
4. Beschwerdebefugnis	327
a) Möglichkeit einer Grundrechtsverletzung	327
b) Qualifizierte Betroffenheit	328
5. Erschöpfung des Rechtsweges, Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde (§ 90 Abs. 2 BVerfGG)	329
a) Rechtswegerschöpfung	329
b) Subsidiarität	330
c) Bundesverfassungsgericht und Landesverfassungsgerichte	332
6. Form und Frist	332
7. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	333
II. Begründetheitsprüfung der Verfassungsbeschwerde	333
1. Einleitungssatz	333

2. Verletzung der Garantie der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG)	333
3. Verletzung von Freiheitsrechten	333
4. Verletzung von Gleichheitsrechten	334
III. Sonstige Verfahrensarten	335
IV. Einstweilige Anordnungen	335
1. Allgemeines	335
2. Zulässigkeitsprüfung	336
3. Begründetheitsprüfung	336
Sachverzeichnis	339